

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Antrag der SPD-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema: „Brandenburgs Erfolgsgeschichte fortschreiben - Bestandsaufnahme und Ausblick zur Halbzeit der 6. Legislaturperiode“ (Drucksache 6/6304)

Kohleausstieg: Landesregierung muss Planungssicherheit für die Lausitz schaffen

Der Landtag möge beschließen:

Das sogenannte „Revierkonzept“ der LEAG belegt, dass der Einstieg in den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung in Brandenburg begonnen hat. Weil die Braunkohlesparte wirtschaftlich nicht mehr zu betreiben ist bzw. weil sich Investitionen nicht mehr rentieren, wird in dem LEAG-Konzept dem Neuaufschluss des Tagebaus Jänschwalde Nord eine Absage erteilt, die ersatzlose Stilllegung des Braunkohlekraftwerks Jänschwalde angekündigt und die Positionierung zu einem Neuaufschluss des Tagebaus Welzow Süd II auf 2020 verschoben.

Planungssicherheit verschafft dieses Konzept gleichwohl nur für die bisher von Abbaggerung bedrohten Grabkower, Kerkwitzer und Atterwascher BürgerInnen: Die Absage zum Tagebau Jänschwalde Nord beendet ihren 10 Jahre lang andauernden Albtraum von der drohenden Umsiedlung und dem Verlust der Heimat.

Für die Lausitz und insbesondere für die direkt und indirekt in der Braunkohle Beschäftigten sowie die immer noch von Abbaggerung Bedrohten bedeutet das Konzept jedoch die Verlängerung der Unsicherheit. Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, mit folgenden Maßnahmen Planungssicherheit für die Lausitz zu schaffen:

1. Der Ausstieg aus der Braunkohle und die Gestaltung des hiermit verbundenen Strukturwandels in der Lausitz wird Chefsache.
2. Um die Interessen Brandenburgs zu wahren, entwickelt die Landesregierung einen Ausstiegsfahrplan für die Lausitzer Braunkohlesparte und bringt diesen in die Arbeit der auf Bundesebene hierfür vorgesehenen Kommission ein. Zu berücksichtigen ist hierbei Deutschlands völkerrechtlich verankerte Verpflichtung, die Ergebnisse der Klimakonferenz von Paris umzusetzen.

3. Für die Entwicklung eines Leitbilds zur Gestaltung des Strukturwandels in der Lausitz setzt die Landesregierung einen Runden Tisch ein bestehend aus gesellschaftlichen Akteuren, Institutionen, Unternehmen und kommunalen Vertretern. Ein Leitbild ist Voraussetzung u.a. für die Förderung aus EU- und Bundesmitteln.
4. Die Landesregierung richtet einen Lausitzfonds ein und übernimmt hiermit die Koordinierung der Gelder für die Strukturwandelgestaltung. Diese Schnittstelle zwischen der Lausitz auf der einen sowie Land, Bund und EU auf der anderen Seite ist notwendig für die gezielte Mittelvergabe.
5. Die Landesregierung ergreift geeignete Maßnahmen dafür, dass Rückstellungen der LEAG für die Rekultivierung bzw. für Tagebaufolgeschäden allgemein in ausreichender Höhe und sicher bereitgestellt werden.

Begründung:

In der Halbzeitbilanz der Landesregierung ist die Rede vom „langfristigen“ Ausstieg aus der Braunkohleverstromung. Tatsache und mit der aktuellen Planung der LEAG belegt ist jedoch, dass der Einstieg in den Ausstieg in Brandenburg bereits begonnen hat und kurz- bis mittelfristig umgesetzt wird.

Aber obgleich die zunehmende Unwirtschaftlichkeit der Braunkohlesparte seit Jahren bekannt ist - das war zentraler Grund dafür, dass Vattenfall diese verkauft hat - hat die Landesregierung bisher keine Antworten auf die Fragen der Menschen in der Lausitz entwickelt, wie der Ausstieg aufgefangen werden soll. Bisher gibt es lediglich Absichtserklärungen, was getan werden könnte.

Axel Vogel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN